Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 32 (1956-1957)
Heft: 8

Artikel: Hütet euch am Morgarten : die Gefahren des europäischen Zusammenschlusses für die Schweiz

Autor: Guggenbühl, Adolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1073115

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hütet euch am Morgarten

Die Gefahren des europäischen Zusammenschlusses für die Schweiz

Von Adolf Guggenbühl

Illustration von Hans Tomamichel

«Der Vertrag über den Gemeinsamen Markt, den Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg in Rom unterzeichneten, bedeutet zweifellos nicht nur für diese sechs Länder, sondern für ganz Europa einen Fortschritt, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.»

Dieses Urteil einer schweizerischen Tageszeitung ist nicht vereinzelt. In weiten Kreisen wird der beabsichtigte Zusammenschluß der Montanunion-Länder bei uns positiv beurteilt. Ich bezweifle, ob das richtig ist. Abgesehen von den Auswirkungen auf jene Staaten, die nicht mitmachen, weiß man noch keineswegs, ob sich die vorgesehene Selbstaufgabe für die Beteiligten gut auswirken wird.

Geheime Hoffnungen

Am ehesten können vielleicht die wirtschaftlichen Folgen für die sechs Länder günstig beurteilt werden, obschon darauf hingewiesen werden muß, daß eine wirtschaftliche Notwendigkeit zu einem solchen Zusammenschluß keineswegs bestand. Wenn etwa gesagt wird, Europa habe nur die Wahl, sich zusammen zu schließen oder zu verarmen, so ist das eine reine Propaganda-Phrase. In Tat und Wahrheit nahm nämlich die europäische Wirtschaft trotz der «Kleinstaaterei» seit dem Kriege einen großen Aufschwung. Von 1948 bis 1955 ist die industrielle Erzeugung Westeuropas um volle 78 Prozent gestiegen. Die Reallöhne sind ebenfalls überall höher als vor dem Krieg. In vielen Ländern kann man von einer eigentlichen Wirtschaftsblüte reden.

Nur wegen der Wirtschaft hätte es also nicht so pressiert. Es sind deshalb im Grunde nicht wirtschaftliche, sondern politische Gründe, welche die Urheber des gemeinsamen Marktes inspirierten. Nur wurde das nicht immer offen gesagt. Häufig spricht man von Politik und meint die Wirtschaft. Hier liegt der merkwürdige Fall vor, daß man – weil das harmloser wirkt – von Wirtschaft spricht und die Politik meint. Die europäische Integration soll in Tat und Wahrheit dazu dienen, unseren Kontinent wieder zu einem wichtigen Faktor im Weltgeschehen zu machen. In Deutschland und Frankreich, den wichtigsten Mitgliedern der geplanten Union, gibt es viele Staatsmänner, die es einfach nicht verwinden können, daß ihre Länder in der Weltpolitik zu zweitrangigen Mächten herabgesunken sind. Sie hoffen nun, durch Zusammenschluß werde es möglich sein, eine neue Großmacht zu schaffen, die im Stand sei, Rußland und Amerika die Stirne zu bieten. Ich sage ausdrücklich Rußland *und* Amerika. Die Angst vor einem russischen Angriff ist nur ein Beweggrund, und nicht einmal der entscheidende. Der Atlantikpakt hätte durchaus genügt, um die Abwehr gegen eine drohende russische Invasion wirksam zu gestalten, vorausgesetzt, man wäre bereit gewesen, die nötigen Opfer zu bringen und der NATO die erforderlichen Truppen zur Verfügung zu stellen.

Aber man will mehr. Man will dritte Weltmacht werden, Weltmacht-Politik treiben können, mit Amerika gegen Rußland, oder auch, unter bestimmten Umständen, mit Rußland gegen Amerika. Es ist deshalb vielleicht doch etwas voreilig, wenn die Amerikaner den europäischen Zusammenschluß rückhaltlos bejubeln.

Daneben spielen aber bei den Urhebern des neuen Vertrages noch andere, schwer faßbare, irrationale Motive mit, die zu den erwähnten Aspirationen teilweise im Gegensatz stehen. Unter den Freunden des europäischen Zusammenschlusses gibt es eine starke Gruppe, die alles andere als Machtpolitiker sind. Diese – es sind viele junge Leute und Intellektuelle darunter – wollen ihrem Land nicht zu neuer Macht verhelfen, im Gegenteil, ihre Nationalität ist ihnen verleidet, sie wollen sie auslöschen. Sie machen eine Art Flucht nach vorwärts. Irgend etwas treibt sie zum nationalen Selbstmord, zur Selbstaufgabe.

Eine Nation bilden heißt, auf Leben und Tod verbunden sein heißt die Verantwortung für eine Gruppe von Menschen übernehmen. Gerade das wollen viele Deutsche und viele Franzosen nicht mehr. Irgend etwas drängt sie, die verantwortungsbeladene Selbständigkeit aufzugeben, einzugehen in ein größeres Gebilde. Sie gleichen jenen Menschen, die aus Lebensangst sich ständig zurück sehnen in den Schoß der Mutter, aus dem sie geboren wurden.

Nun, was die sechs Länder machen, ist schließlich ihre Sache, aber da auch die Schweiz in Europa liegt, sogar in der Mitte Europas, so kann uns diese Entwicklung nicht gleichgültig sein. Sie zwingt uns zur Stellungnahme.

Ohne uns?

Daß ein Eintritt in den Gemeinsamen Markt für uns Schweizer nicht in Frage kommt, darüber sind sich die maßgebenden Kreise einig. Er ist schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich.

Selbstverständlich darf diese Frage nicht vom Interesse des einzelnen Geschäftsmannes aus beurteilt werden.

«Ich will Ihnen etwas sagen», erklärte mir kürzlich ein Bekannter, dessen Familie ein Haus an der Bahnhofstraße in Zürich besitzt, «wenn Europa einmal zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet zusammengeschlossen ist, dann wird Zürich innerhalb von zehn Jahren eine wirkliche Weltstadt werden und ein Quadratmeter an einer guten Lage an der Bahnhofstraße wird dann nicht mehr 12 000, sondern 24 000 Franken kosten.»

Dieser Ausspruch trieb mir das Blut in den Kopf, und ich wurde, was ja immer falsch ist, ausfällig. Er weckte in mir eine Erinnerung. Es kam mir in den Sinn, daß ich fast die gleichen Worte schon einmal gehört hatte, und zwar genau vor 44 Jahren, das heißt kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges. Damals war ein Bekannter meines Vaters bei uns zu Besuch. Er klagte über die Kleinheit unseres Landes.

«Wenn die Schweiz», sagte er, «mit Deutschland eine Zollunion abschlösse, so würde Zürich eine der wichtigsten Städte dieses Wirtschaftsgebietes, und schließlich wäre das auch ganz natürlich, denn die Deutschen sind ja unsere Stammesgenossen.»

Auch damals wurde ich ausfällig, und da ich mitten in der Pubertät stand, nahm ich kein Blatt vor den Mund, was zu einer peinlichen Szene führte.

Natürlich würden durch den Anschluß an den Gemeinsamen Markt einzelne Branchen und Firmen profitieren, für die schweizerische Wirtschaft als Ganzes aber wäre er verhängnisvoll. Die sechs beteiligten Staaten beabsichtigen bekanntlich, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen, unter stufenweiser Abschaffung der Zölle zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, wobei dann diese Vereinigung dritten Staaten gegenüber ihrerseits ein einziges Zollgebiet bilden würden. Das wäre für uns, rein wirtschaftlich gesehen, deshalb nicht tragbar, weil die Schweiz ein Welthandelsland ist. Unsere Ausfuhr geht zu einem großen Teil nach Übersee. 1956 haben uns die sechs Montanunion-Länder nur für 2,2 Milliarden Franken Waren abgenommen, während wir für 2,4 Milliarden Waren nach Übersee verkauften. Unser Land kann von Europa allein nicht leben. Die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz bedingen viel mehr einen freizügigen Welthandel. Wir dürfen uns nicht einem Gebilde anschließen, das sich möglicherweise durch hohe Zölle von der übrigen Welt abschließt und uns von unseren überseeischen Freunden entfremdet.

Die Bestrebungen zur Vereinheitlichung, wie sie im Gemeinsamen Markt ihren Niederschlag gefunden haben, gehen aber weit über die Zölle hinaus. Sie erfassen die gesamte Wirtschaft, die Handels- und Wirtschaftspolitik, die Währung, den Verkehr, die gesamte Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik. Das Ziel ist also eine eigentliche Wirtschaftsunion, ja eine Art Superstaat.

Selbst wenn ein Mitmachen den Lebensstandard bei uns heben würde, so wäre dies aus politischen Gründen nicht möglich. Ein Beitritt zu dieser überstaatlichen Gemeinschaft ließe sich nicht nur mit unserer Neutralität nicht vereinbaren, sondern würde überhaupt die Grundlage unseres Staatswesens erschüttern. Das aber wollen wir nicht.

Unser Schweizer Standpunkt

Point d'argent, point de Suisse. Der oft zitierte Spruch ist lustig, aber er stimmt nicht. «Ein ehrlicher Mann macht sich eines Knochens wegen nicht zum Hunde», sagt ein anderes grobes, aber zutreffendes Sprichwort. Wir wollen auf unsere Unabhängigkeit nicht deshalb verzichten, weil uns sonst möglicherweise der Brotkorb höher gehängt würde. Ein Staat ist keine Wirtschafts-Unternehmung, deren Entschlüsse in erster Linie durch Fragen der Rentabilität bestimmt werden. Für eine Bank mag es richtig sein, sich mit einer andern zu fusionieren, wenn dadurch wirtschaftliche Vorteile erreicht werden. Ein Staat ist aber keine Bank.

Uns ist unser Staat nicht verleidet. Die gleichen Gründe, die zu seiner Entstehung führten, welche die Väter veranlaßten, sich aus einem größeren Staatsverband auszusondern, gelten auch heute noch. Wir würden unsere bald 700 Jahre alte Eidgenossenschaft auch dann nicht verraten, wenn wir auf die Konfitüre auf dem Butterbrot verzichten müßten.

Es ist ein Glück, daß auch die Leiter unserer Handelspolitik, eben weil sie Eidgenossen sind, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch denken. Ein so hervorragender Wirtschaftsfachmann, wie der Leiter unserer Handelsabteilung, Minister Hans Schaffner, ist zum Glück mehr als ein Spezialist, der sich darauf beschränkt, unsere Wirtschaftsinteressen mit Intelligenz und Zähigkeit zu vertreten. Auch er ist in erster Linie Eidgenosse und erst in zweiter Linie Wirtschaftstechniker und weiß deshalb, daß der Lebensstandard nicht das höchste der Güter ist und daß nie wirtschaftlicher Vorteile wegen Abmachungen getroffen werden dürfen, die politisch untragbar sind. Es ist eine Genugtuung, zu wissen, daß auch

Foto: Jakob Tuggener
San Carlo im Val Prato (Tessin)

der Mann, der an einem so wichtigen Posten sitzt wie der Delegierte des Bundesrates für wirtschaftliche Kriegsvorsorge, Fritz Hummler, von dem gleichen Geist erfüllt ist.

Ähnlich verhält es sich mit den meisten Leitern unserer Wirtschaftsverbände. Man kann gegen die rücksichtslose Art, mit der sie oft in Bern die Interessen ihres Verbandes vertreten, manches einwenden, aber es bewegt mich immer wieder, zu sehen, wie sie doch im entscheidenden Augenblick das Wohl der Eidgenossenschaft über das Interesse ihres Verbandes stellen.

Aus allen diesen Gründen besteht also kaum die Gefahr, daß wir dem Gemeinsamen Markt beitreten. Da wir uns aber nicht isolieren können, muß eine andere Lösung gesucht werden. Diese wird möglicherweise darin bestehen, daß wir der projektierten, europäischen Freihandelszone beitreten.

Im Unterschied zum Gemeinsamen Markt handelt es sich hier um ein wesentlich anspruchsloseres Gebilde, das die Selbständigkeit der mitwirkenden Länder viel weniger einschränkt. Dieses Projekt sieht vor, daß alle Länder Europas erfaßt werden und daß diese die Zölle unter sich allmählich herabsetzen oder ganz abschaffen, nach außen aber ihre zollpolitische Selbständigkeit beibehalten. Die Freihandelszone hat nur wirtschaftliche und keine politischen Ziele.

Sie läßt sich, wenn es gelingt, für unsere Landwirtschaft eine Sonderregelung zu erreichen, eher mit unseren Interessen vereinbaren. Sie hat für uns möglicherweise sogar gewisse Vorteile, da es uns nur recht sein kann, wenn der Handel von möglichst vielen Fesseln befreit wird. Auf jeden Fall ist sie das kleinere Übel. Es kommt aber sehr darauf an, wie die Abmachungen im einzelnen aussehen. Und hier gilt es nun, ständig auf der Hut zu sein.

Wie war es vor 50 Jahren?

Eine Gefahr, die nach meiner Ansicht zu wenig beachtet wird, ist jene der Überfremdung.

Vor allem gilt es hart zu bleiben gegen eine Forderung, die mit Sicherheit früher oder später bei den Teilnehmern der Freihandelszone auftauchen wird: Die Errichtung der absoluten Freizügigkeit innerhalb der angeschlossenen Staaten. Eine solche Abmachung würde unser Land ins Mark treffen.

An sich ist dieses Ziel durchaus keine Utopie. Es sind noch nicht einmal fünfzig Jahre her, daß diese Forderung verwirklicht war. Bis 1914 brauchte man in Europa keinen Paß und keine Arbeitsbewilligung. Man konnte in Zürich oder Basel den Zug besteigen und am nächsten Tag in München, Paris oder Mailand ohne irgend eine Formalität Arbeit annehmen oder ein Geschäft eröffnen.

Das war schön für die jungen Schweizer, die ins Ausland wollten; sie wurden nicht durch die vielen bürokratischen Hemmungen, wie wir sie heute kennen, eingeengt.

Aber die Kehrseite der Medaille war, daß die Ausländer selbstverständlich Gegenrecht hatten. Infolgedessen wurde unser Land damals mit Ausländern überschwemmt.

«Gee i d Schwaiz nai und mach dai Glück», hieß die Parole bei unzähligen deutschen Handwerkern und Dienstmädchen. Zürich wurde überflutet von Reichsdeutschen, Genf von Franzosen, Lugano von Italienern. Von 1860 bis 1914 stieg die Zahl der Ausländer in der Schweiz auf 600 000. Im Kanton Basel-Stadt machten die Landesfremden zu Beginn des Ersten Weltkrieges 38 Prozent, in Genf 40 Prozent der Einwohnerschaft aus. Die meisten waren nette Leute, tüchtige Leute. Sie haben viel zum wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes beigetragen, aber es waren ihrer zu viele.

Die Begeisterung für das liberalistische Gedankengut war damals so groß, daß nur wenige die Gefahren dieser Überfremdung erkannten. Man war so weit aufgeweicht, daß man gar nicht mehr merkte, daß die Ausländer von einem andern Geist erfüllt waren als die Schweizer, Vertreter anderer Kulturen waren als der schweizerischen. Es gab damals viele Eidgenossen, die bestritten, daß die Schweizer überhaupt eine Nation bildeten. «Die Deutschschweizer», sagte man, «gehören kulturell zu Deutschland, die Westschweizer zu Frankreich, die Tessiner zu Italien. Der deutsche Bäckergeselle, der sich in Zürich einbürgert, wird vollwertiger Schweizer, sobald er seinen Bürgerbrief besitzt, daneben darf er ruhig Kultur-Deutscher bleiben, die übrigen Deutschschweizer sind ja auch Kulturdeutsche.»

Erst allmählich, zuerst während des Ersten Weltkrieges und nachher beim Aufkommen des Nationalsozialismus zeigten sich die Gefahren dieser Einstellung. Erst jetzt merkte man, daß man die Nationalität nicht wechseln kann wie ein Hemd, daß eine Assimilation der Zugewan-

derten erfolgen muß, weil sonst die Gefahr besteht, daß im einzelnen Fall sich plötzlich die Stimme des Blutes regt und das Herz nicht mit der neuen Wahlheimat, sondern mit dem alten Vaterland sympathisiert. Durch den Einfluß der vielen Ausländer, die 1914 in der Schweiz waren, wurde der Graben zwischen Deutschschweizern und Welschschweizern wesentlich vertieft, und die nicht assimilierten Nachkommen der nicht assimilierten deutschen Hausgehilfinnen, die den bekannten achten Schweizer geheiratet hatten, bildeten ein großes Kontingent der extremsten Mitglieder der Fronten.

Die Überfremdung ging dann nach 1914 zurück, zu zwei Dritteln aber nicht durch Abwanderung, sondern durch Heirat und Einbürgerung.

Wollen wir nun wirklich die gleichen Risiken nochmals auf uns nehmen? Ist bereits eine Generation herangewachsen, die alles vergessen hat?

Überflutung

Warum haben wir eine Armee? Um den Feind zu verhindern, die Grenzen unserer Heimat zu überschreiten. Wer aber ist der Feind? Jeder, der eindringt und sich an unsere Stelle setzen will. Ob die Überrumpelung eines Landes mit Waffengewalt oder durch friedliche Infiltration erfolgt, kommt dabei auf die Dauer aufs gleiche heraus, denn auch die Soldaten, die mit Gewalt eindringen, sind im einzelnen oft nette und wertvolle Menschen. Wäre es nicht ein Unsinn, Milliarden für die Landesverteidigung auszugeben, gleichzeitig aber diese Grenzen jedem, der ohne Sturmgewehr kommt, wahllos zu öffnen.

Es geht nicht darum, einen Ausländerhaß zu schüren, wie das etwa die Ägypter tun. Es kann keine Rede davon sein, daß die Schweizer edlere, tüchtigere, intelligentere Menschen sind als die Deutschen, Franzosen oder Italiener. Wir sind nicht besser, aber wir sind anders und wir können unsere Eigenständigkeit nur erhalten, wenn wir uns nicht physisch überfluten lassen.

Schon jetzt ist man in dieser Richtung sehr weit gegangen. Bei uns sind gegenwärtig über 300 000 Fremdarbeiter tätig. Es ist wahr, wir brauchen sie, wir sind froh um sie. Und vor allem die Landwirtschaft könnte ohne sie kaum existieren. Es ist auch richtig, daß vorläufig der größte Teil der Fremdarbeiter nach einiger Zeit unser Land wieder verläßt. Trotzdem ist aber ihre Zahl sehr hoch.

Bereits hat es bei uns sogar wieder mehr ausländische Hausangestellte als vor dem Ersten Weltkrieg. Auch um diese sind wir froh. Es sind zum großen Teil nette und tüchtige Mädchen. Man kann es ihnen auch nicht verargen, daß sie einen Mann suchen. Die meisten werden tüchtige Hausfrauen abgeben, aber trotzdem zeichnen sich hier große Gefahren ab.

Bereits kommen bei uns auf 100 Eheschließungen wieder 14 nationale Mischehen, dabei sind die Ausländerinnen, die heute geheiratet werden, durchschnittlich weniger lang in der Schweiz und deshalb weniger assimiliert.

Gerade die Assimilation der Ausländer ist aber ein dunkler Punkt. Wir unternehmen nämlich fast nichts, um die Assimilation der Eingebürgerten oder Niedergelassenen zu fördern, im Gegensatz etwa zu den Vereinigten Staaten. Diese haben bekanntlich ohnehin eine unvorstellbare Assimilationskraft, sie sind ein wirklicher Schmelztiegel. Es genügt, daß ein junger Mann ein paar Jahre dort lebt, und schon weist er typische amerikanische Züge auf; nicht nur sein Gehaben, nicht nur sein Gesichtsausdruck, seine physische Erscheinung ändert sich.

Trotzdem sich dort der American way of life von selbst bei den Zugewanderten durchsetzt, wird noch eine bewußte Veramerikanisierungs-Politik betrieben. Durch Abendkurse wird den Eingewanderten die Möglichkeit gegeben, mit der amerikanischen Sprache, Geschichte, Lebensauffassung vertraut zu werden.

Bei uns geschieht nichts dergleichen. Nicht einmal sprachlich verlangen wir auch von denen, die sich dauernd hier niedergelassen haben, konsequent Anpassung, wenn es auch in dieser Beziehung gebessert hat. Heute käme es vielleicht doch nicht mehr vor, daß ein Präsident einer Einbürgerungskommission mit einem reichsdeutschen Kandidaten hochdeutsch spricht, weil es dieser trotz seines fünfzehnjährigen Aufenthaltes noch nicht dazu gebracht hat, unsere Muttersprache auch nur zu verstehen, geschweige denn zu sprechen.

Es gibt noch eine andere Gattung Ausländer in der Schweiz, an die man in diesem Zusammenhang überhaupt nicht denkt, nämlich die Touristen.

Voll Stolz berichtet man, daß das Jahr 1956 3,8 Millionen ausländische Gäste in unser Land brachte. Wenn diese auch nicht lange

bleiben, ist doch vor allem während der Saison unser Land von ihnen durchdrungen. Das viel größere Italien wurde im letzten Jahr nur von 11 Millionen Touristen aufgesucht.

Ich weiß, daß die landesfremden Besucher viel Geld bringen – über eine Milliarde Franken – ich weiß auch, daß man auf diese Einnahmen nicht verzichten kann und daß vor allem manche Berggegenden wirtschaftlich weitgehend von der Fremdenindustrie abhängen. Aber es ist alles eine Sache des Maßes.

Mit dem steigenden Wohlstand und den besseren Verkehrsmöglichkeiten nimmt der Tourismus einen ständigen Aufschwung. Es ist sehr wohl denkbar, daß sich in naher Zukunft die Zahl der einreisenden fremden Gäste – man denke nur an den Volkstourismus – verdoppelt. Das ist nicht ohne Gefahr.

Schon jetzt gibt es Dörfer, ja ganze Gegenden, wo nichts mehr von dem stolzen Eigenleben früherer Zeiten übrig geblieben ist. Die Bürger sind zu Eingeborenen geworden, die

Schweizerdeutsches Bilderrätsel

VON K. WEGMANN

Wir beginnen mit einer Folge schweizerdeutscher Bilderrätsel. In Schweizer Mundart gelöst, ergibt sich ein schweizerdeutsches Sprichwort. – Da die meisten von uns mit solchen Rätseln nicht mehr vertraut sind, wird das Lösen nicht ganz einfach sein. Mit der Zeit erhält man aber eine gewisse Übung.

Regeln für Anfänger

1. Für jede Figur setze man das entsprechende schweizerdeutsche Wort und lese das ganze von links nach rechts.
2. Stehen vor oder hinter einer Figur Weglassungszeichen (’), so streiche man entweder am Anfang oder am Ende des Wortes soviele Buchstaben, wie Weglassungszeichen vorhanden sind. Soll ein Buchstabe aus der Mitte des Wortes gestrichen werden, so steht das ’ mitten in der Figur.
3. Fehlt einem Tier der Kopf oder der hintere Teil, so lasse man auch vom Wort den Kopf oder den hinteren Teil weg.

Auflösung auf Seite 111

nur noch dazu da sind, die fremden Gäste zu verpflegen, zu logieren und zu amüsieren. Die Schweiz wird zum Playground of the world, zum Vergnügungsplatz der Welt. Geht diese Entwicklung weiter, so wird der Schweizer an die Wand gedrückt.

Ich weiß, man darf diese Dinge kaum sagen; man gilt beinahe als Landesverräter, wenn man den ketzerischen Gedanken äußert, daß der Fremdenverkehr nicht nur Vorteile hat, sondern auch Gefahren mit sich bringt. Gerade in diesem Zusammenhang muß aber auf diese hingewiesen werden.

Wir haben keine Einwanderungspolitik

Schon jetzt haben wir wahrscheinlich mehr Ausländer im Land, als soziologisch und kulturell tragbar sind. Würde nun die unbeschränkte Freizügigkeit, wie sie früher bestand, innerhalb der Freihandelszone wieder eingeführt, so ist es sehr wahrscheinlich, daß ungezählte Scharen von Italienern, Deutschen und Österreichern über unsere Grenzen strömen würden.

Die Schweiz hat im Ausland einen magischen Ruf als das Land, in dem Milch und Honig fließt. Würde die freie Zuwanderung gestattet, so müßten wir mit einem riesigen Zustrom rechnen. Viel mehr kämen hinein, als wir verdauen könnten.

Bei freiem Zahlungsverkehr fließt das Kapital dorthin, wo es am nötigsten ist, bei absoluter Freizügigkeit wandern die Menschen dorthin, wo es am wenigsten Arbeitslose gibt, und wo die Löhne am höchsten sind. Es gibt einen Ausgleich wie bei kommunizierenden Röhren. Gesamteuropäisch betrachtet würde das Gleichgewicht durch diese Wanderungen nicht gestört, im Gegenteil. Gestört würde aber das Gleichgewicht der Schweiz, unsere soziologische und politische Struktur.

Die Schweiz ist den Gefahren der Überfremdung mehr ausgesetzt als andere Länder, einmal wegen ihrer geographischen Lage im Zentrum Europas, dann aber wegen ihrer Kleinheit.

Die großen Länder werden durch ein paar Hunderttausend oder auch durch ein paar Millionen Ausländer in ihrer nationalen Substanz nicht gefährdet, obschon es interessant ist, festzustellen, daß das riesige Amerika trotz seiner 170 Millionen Einwohner eine sehr sorgfältige Einwanderungspolitik betreibt und ängstlich darauf bedacht ist, nicht mehr Leute herein zu lassen, als es assimilieren kann und nur solche, die ihm erwünscht erscheinen.

Auch Länder, die zum mindesten flächenmäßig ungeheuer groß sind, wie Kanada und Australien, öffnen ihre Grenzen dem Zustrom der Einwanderer nicht unbeschränkt, sie sieben sorgfältig.

Die kleine Schweiz aber hat es nie für nötig gefunden, eine bewußte Einwanderungspolitik zu betreiben. Auch jetzt erfolgt die Bewilligung zur Einreise fast ausschließlich nach wirtschaftlichen, nicht nach bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten. Bezeichnenderweise ist die eidgenössische Fremdenpolizei, der wir sehr viel verdanken, von jeher zwar sehr oft angegriffen, aber selten gelobt worden.

Die Kehrseite des Föderalismus

Zur Kleinheit der Schweiz kommt noch eine weitere Schwierigkeit, das Fehlen einer nationalen Sprache. Eine eigene Sprache bildet einen Schutz gegen andersartige Zuwanderer, und sie ist gleichzeitig ein wirksames Assimilationsmittel. Der Ausländer, der in Frankreich französisch oder in Deutschland deutsch lernen muß, wird durch diesen anstrengenden Prozeß assimiliert. Es wird ihm klar, daß er nun in einem Lande lebt, wo andere Sitten und Gebräuche gelten, andere Anschauungen herrschen und daß eine radikale Änderung nötig ist, wenn er nicht Fremdkörper bleiben will. Mit dem Erlernen der andern Sprache verändert sich auch sein Fühlen und Denken.

Die Ausländer in der Schweiz aber können zum größten Teil ihre frühere Muttersprache beibehalten. Das ermöglicht ihnen, Kolonien zu bilden.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß die Schweizer nicht nur keine einheitliche Sprache sprechen, sondern auch keinen deutlich faßbaren nationalen Lebensstil haben. Es gibt nicht eine schweizerische Einheitskultur in dem Sinne, wie es eine französische Zivilisation oder einen American way of life gibt. Auch kleine Länder wie Holland oder Dänemark haben es in dieser Beziehung viel leichter.

Unser Wahlspruch heißt: Einheit in der Vielfalt. Diese Einheit ist zweifellos da; unsere welschen Miteidgenossen und die Tessiner stehen uns Deutschschweizern viel näher als die Deutschen oder Österreicher. Aber wegen des

Föderalismus ist diese Einheit schwer faßbar. Es braucht deshalb häufig zwei, nicht selten sogar drei Generationen, bis aus Papierschweizern richtige Schweizer geworden sind. Das ist nicht der Fehler der neu Eingebürgerten, das ist zum Teil unser Fehler und zum Teil liegt es in der Natur der Sache.

Aber die Freizügigkeit ist nicht die einzige Gefahr, die uns im Rahmen der Freihandelszone droht. Diese können wir vielleicht verhindern, nicht verhindern können wir aber eine stärkere Durchdringung unseres Landes durch die uns umgebenden Länder. Wenn schon für eine Insel wie England die Zeit der splendid isolation vorbei ist, wie viel mehr für unser Paßland im Herzen Europas.

Es wird vielleicht schneller als wir denken, die Zeit kommen, wo ausländische Filial-Betriebe bei uns aus dem Boden heraus schießen werden: Deutsche und französische Banken werden an unseren repräsentativen Geschäftsstraßen Sitze errichten, deutsche und französische Illustrierte Schweizer Ausgaben heraus bringen.

Auch unser geistiges und kulturelles Leben wird noch mehr vom Ausland beeinflußt werden, als das heute schon der Fall ist.

Geistige Landesverteidigung ist aktueller denn je

Es gibt Leute, die sich über diese Entwicklung freuen. Ein bekannter Politiker hat bereits angekündigt, es gelte von nun an wirtschaftlich «in weiten Räumen zu denken». Andere wiederum finden, man solle auch auf kulturellem Gebiet diese Entwicklung möglichst fördern. Dabei wird wiederum mit Vorliebe von dem berühmten Rad der Zeit gesprochen, dem man nicht in die Speichen fallen dürfe. «Es ist sinnlos», sagen diese Leute, «sich gegen eine Entwicklung zu stemmen, die ohnehin kommt, man muß mit dem Strom schwimmen.»

Das Gegenteil ist richtig. Es geht im Leben des einzelnen Menschen wie im Leben der Nation immer darum, das richtige Gleichgewicht zu erreichen. Es hat vielleicht einmal Zeiten gegeben, so im 18. Jahrhundert, da bestand für die Schweizer die Gefahr, sich allzu sehr abzuschließen, deshalb lautete damals die Parole mit Recht: «Fenster und Türen auf!» Jetzt aber ist die Lage umgekehrt. Wenn irgend einmal in unserer Geschichte, dann ist Abwehr jetzt nötig. Die gefährlichen Zeiten für unser Land waren in dieser Beziehung immer jene, die man als ungefährlich betrachtete. Während der nationalsozialistischen und faschistischen Bedrohung war es jedem klar, daß es nötig war, sich gegen die fremden und gefährlichen Einflüsse zur Wehr zu setzen. Damals entstand dann auch der Ausdruck «Geistige Landesverteidigung», ein neues Wort für eine alte Sache, so alt wie die Schweizerische Eidgenossenschaft. Die geistige Landesverteidigung ist kein Gesellschaftsspiel, mit dem man aufhören kann, wenn es einem verleidet. Sie ist so nötig wie die militärische, soll sich unser Staat nicht auflösen.

Die großen in sich selbst ruhenden Länder brauchen keine geistige Landesverteidigung, die kleinen brauchen sie oder sie gehen zu Grunde.

Selbstverständlich darf die geistige Landesverteidigung nicht im Negativen stecken bleiben. Sie erreicht nur etwas, wenn an Stelle des gefährlichen Ausländischen etwas Eigenes gesetzt wird. Wirksame geistige Landesverteidigung ist deshalb immer Kulturpolitik.

In dieser Beziehung geschieht immer noch viel zu wenig, gerade in Anbetracht des Umstandes, daß uns jetzt während der Hochkonjunktur große Mittel zur Verfügung stehen würden.

Natürlich ist es bequemer, im Schulwesen, in der Architektur, in der Kunst, aber auch im Sport, in der Mode, in den Umgangsformen, in der Regelung des Verkehrswesens, ausländische Lösungen zu kopieren, statt eigene oder wenigstens eigene Varianten zu schaffen. Es ist bequemer, aber diese Bequemlichkeit rächt sich auf die Dauer.

Zugegeben, es braucht fast übermäßige Kräfte, um ständig den Verteidigungswillen aufrecht zu erhalten, auf geistigem wie auf militärischem Gebiet. Es ist so viel schöner, Friedensschalmeien zu blasen, als sich mit Panzerfragen abzuquälen. Es ist so viel einfacher, Mauern niederzureißen, als solche aufzubauen. Aber die Schweiz war immer ein Sonderfall. Ständige Kampfbereitschaft ist nun einmal der Preis, den wir für die Aufrechterhaltung unseres einzigartigen Staates zahlen müssen.

Sich selber treu

Nein, geistige Landesverteidigung ist heute nicht Mode. «Wänn s Mode isch, frißt e Chue Epeeri» und wenn es nicht Mode

ist, weigert sie sich, Gras zu fressen. Geistige Landesverteidigung ist heute nicht Mode. Ihre Gegner sind zahlreich und kommen aus allen möglichen Lagern. Die alten Internationalisten marxistischer Prägung sind zwar am Aussterben, dafür ist aber eine neue Generation heran gewachsen, die besonders unter den Intellektuellen vertreten ist, deren Geisteshaltung ebenso auflösend wirkt.

Neben den Technokraten, denen das Große an sich wertvoller erscheint als das Kleine, sind die Idealisten unter ihnen besonders gefährlich, die glauben, durch Festhalten an unserer Eigenart würden wir Verrat an Europa begehen. Ihnen scheint schon unsere Neutralität überlebt, Ausdruck eines kleinlichen, schlaumeierischen Egoismus und nur soweit berechtigt, als sie die Voraussetzung für internationale Hilfswerke bildet.

Liegt dieser Auffassung nicht ein merkwürdiges Minderwertigkeitsgefühl zu Grunde? Trägt eine historisch gewachsene Nation nicht ihre Daseinsberechtigung in sich selbst? Käme es einem Engländer oder Amerikaner in den Sinn, sich die neurotische Frage zu stellen, ob sein Volk überhaupt existenzberechtigt sei? Es ist da und das genügt. Die echten Nationen tragen ihren Wert in sich; auch wenn sie gar keine andere Leistung vollbringen, als ihren Bürgern den Rahmen für ein menschenwürdiges Leben zu bieten, haben sie ihre Aufgabe erfüllt.

Selbstverständlich ist die Menschheit ein Ganzes. Jede Nation ist Glied einer großen Völkerfamilie und muß deshalb Solidarität üben. Aber diese Anforderung darf nie die Pflicht zur Selbstaufgabe in sich schließen.

Interessanterweise ist es aber so, daß wir Europa und der Welt gerade dann am besten dienen, wenn wir unseren Staat möglichst intakt erhalten und unserer Eigenart möglichst treu bleiben.

Unsere bewaffnete Neutralität bedeutet keinen Verrat an Europa. Wenn wir die Schweiz verteidigen, verteidigen wir zugleich innerhalb unserer Grenzen ein Stück Europa.

Und je mehr eigene kulturelle Lösungen wir hervorbringen, um so größer ist unser Beitrag zur europäischen Kultur. Wenn wir uns aber selbst aufgeben und damit begnügen, andere zu imitieren, dann werden wir zur sterilen Provinz. Die großen Schweizer waren alles Männer, die im Boden wurzelten, in dem sie gewachsen sind, und gerade dadurch erhielten ihre Werke übernationale Bedeutung.

Wir sind kein auserwähltes Volk – es gibt keine auserwählten Völker – aber wir haben unsere Bestimmung, der wir treu bleiben müssen, im alten wie im neuen Europa.

Aus allen diesen Gründen ist in bezug auf die europäischen Einigungsbestrebungen Wachsamkeit und Vorsicht am Platz. Deshalb ist es wichtig, daß die Möglichkeit gewahrt bleibt, gegen einen eventuellen Beitritt zur Freihandelszone das Referendum zu ergreifen, denn die Erfahrung zeigt, daß die Grundsätze, auf denen unser Staat ruht, beim Volk besser aufgehoben sind als beim Bundesrat oder beim Parlament.

Mit Blut, Schweiß und Tränen wurde der schweizerische Staat errichtet und mit unendlichen Anstrengungen durch all die Fährnisse von bald sieben Jahrhunderten am Leben erhalten. An jede Generation treten neue Versuchungen heran, das Erbe der Väter zu vertun. Ich zweifle nicht daran, daß im entscheidenden Augenblick die einzigartige politische Urteilskraft, die unser Volk auszeichnet, wieder zum Durchbruch kommen wird, in unserem Interesse und im Interesse Europas.

VEXIERBILD
aus dem Ende des 19. Jahrhunderts

Forscher: Da liegt ja ein Straußenei.
Wo befindet sich wohl der Strauß?